

**Warum die Schweiz  
kein «Boot» ist  
und darum auch  
nicht zu «voll»  
werden kann**

Am 30. August 1942, während der Holocaust voll im Gang war, hielt der Schweizer Bundesrat und Justizminister Eduard von Steiger eine Rede, in der er die Schweiz mit einem überfüllten «kleinen Rettungsboot» verglich. Gern würde man mehr Jüd:innen aus Deutschland aufnehmen, sagte er, aber leider müsse man sie vor falschen Hoffnungen warnen und abweisen. Die Rede vor dem gut gelaunten Publikum eines christlichen Blasmusikfests gipfelte in dem berühmten Satz «Das Boot ist voll».<sup>1</sup>

Der Satz hat sich über die Schweiz hinaus ins kollektive Gedächtnis eingegraben und ist so oder so ähnlich bis heute immer wieder zu hören. Das sozialdarwinistische Bild vom Boot, das zu voll wird und zu sinken droht, liegt vielen rechten Diskursen zugrunde, die eine «Begrenzung» der Zuwanderung fordern. Die Metapher ist jedoch irreführend, und ich möchte im Folgenden erläutern, warum das so ist.

1 Vgl. hierzu den Podcast «Das Boot ist voll», in: Schweizer Fernsehen (SRF), 29. August 2017; <https://www.srf.ch/audio/100-sekunden-wissen/das-boot-ist-voll?id=570316fb-742e-4dab-a544-80396afc84c2>.

Wenn sie dir sagen: «Das Boot ist voll», antworte nicht: «Nein, es ist noch Platz.» Antworte: «Es gibt kein Boot.»

## Boot und Boden

Hitler hat Deutschland nie mit einem zu kleinen Boot verglichen, aber auch er war besessen von der Idee, dass es zu eng wird innerhalb von Deutschlands Grenzen. Die «Enge des Lebensraums» ist ein zentrales Motiv in seinem Bestseller «Mein Kampf».<sup>2</sup> Auch die Bootsmetapher spielt auf den «Lebensraum» an, aber es gibt einen wichtigen Unterschied. Ein Boot, das fertig gebaut ist, kann man nicht vergrößern, wohl aber einen Lebensraum. Man muss dazu benachbarte Territorien erobern, entvölkern und neu besiedeln. Für die Eliten in Nazi-Deutschland war das Thema nicht Migrationsabwehr, sondern Völkermord. Ziel war es, durch die Erweiterung des «Bodens» und der «Grundfläche»<sup>3</sup> des eigenen Staates die Notwendigkeit von Auswanderung für Angehörige des eigenen «Volkes» zu beseitigen. Der deutsche Herrenmensch sollte nach dem siegreichen Vernichtungskrieg immer weiter nach Osten wandern können, ohne jemals das Reich zu verlassen.

Migrationsabwehr wurde erst nach dem verlorenen Krieg in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufgabe. Der Slogan «Das Boot ist voll!» tauchte Anfang der 1990er-Jahre am rechten Rand des Parteienspektrums auf und wurde wohl auch einmal von Teilen der Berliner CDU auf Flugblättern verwendet. Öffentlich wurde der Satz im Herbst 2015 und danach in den hitzigen Debatten über die Folgen der Fluchtbewegung nach Europa und Deutschland geäußert, vor allem von der AfD – der seit Februar 2025 zweitstärksten Partei Deutschlands. Fest steht, dass heute

2 A. Hitler: Mein Kampf, zit. nach: K. Lange: «Der Terminus ‹Lebensraum› in Hitlers ‹Mein Kampf›», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13, 1965, S. 426–437, hier: 427.

3 Zit. nach: ebd., S. 426f.

die vorgestellte Enge des Raums nicht nur viele Schweizer:innen, sondern auch viele Deutsche bedrückt. Da die «Vergrößerung des Lebensraumes»<sup>4</sup> keine Option mehr ist, gewinnen drastische Massnahmen zur Begrenzung von Zuwanderung sowie Massenabschiebungen an Bedeutung. Damit kehrt auch die Bootsmetapher zurück.

Die neue europäische Rechte unterscheidet sich von ihren historischen Vorläufern dadurch, dass sie nicht länger durch koloniale Vernichtungskriege neuen Lebensraum für eine wachsende Bevölkerung erobern will. Vielmehr tritt an die Stelle der alten faschistischen Angst vor einem «Volk ohne Raum» die Vision der gewaltsamen Schrumpfung der Bevölkerung auf ein ethnisch gesäubertes Kernvolk. «Sommer, Sonne, Remigration», konnte man vor einiger Zeit auf AfD-Wahlplakaten lesen, auf denen sinnigerweise ein startendes Passagierflugzeug zu sehen war. 20 bis 30 Prozent weniger Menschen im Land wünschte sich im Dezember 2023 der rechtsradikale AfD-Politiker Björn Höcke.<sup>5</sup>

### Grenze und Obergrenze

Grossmächte wie die USA oder Russland möchten bis heute den *Verlauf* ihrer Staatsgrenzen verändern und schaffen dadurch Grenzkonflikte mit anderen Ländern. Ebenfalls verbreitet sind mehr oder weniger friedliche separatistische Bewegungen, die neue Staaten oder neue Selbstverwaltungseinheiten durch *Abspaltung* schaffen wollen. Man denke an die Unabhängigkeitsbewegungen in Schottland oder Katalonien oder auch an die Gründung des Kantons Jura im Jahr 1979. Eine dritte Gattung von Grenzkonflikten dreht sich um die *Durchlässigkeit* von

4 Zit.nach: ebd., S. 427.

5 Vgl. M. Görmann: «Ausländer raus: AfD-Höcke will (20 bis 30 Prozent) weniger Einwohner in Deutschland», in: DerWesten.de, 13. Oktober 2024; <https://www.derwesten.de/politik/afd-hoecke-remigration-deportation-auslaender-raus-e-deutschland-id300814756.html>.

Staatsgrenzen für Migration und andere Formen des Personen- oder Güterverkehrs.

Weder der Verlauf noch die blossе Existenz oder die Durchlässigkeit von Grenzen ist naturgegeben. All das ist Menschenwerk. Auch wenn manchmal Flüsse oder Gebirge als Markierungen von Staatsgrenzen dienen, sind Grenzen nicht bloss physische Hindernisse. Vielmehr sind sie, wie Soziologen sagen, sinnhafte Institutionen, die bestimmten nachvollziehbaren Regeln gehorchen. Diese Regeln unterscheiden und sortieren Personen danach, ob, zu welchem Zweck und für wie lange sie eine Grenze überschreiten dürfen. Grenzen existieren nicht ohne ein solches Set von Regeln, die die Bedingungen ihrer Überschreitung festlegen. Mauern und Stacheldraht, Drohnen und Auffanglager sind Mittel, diesen Regeln Nachdruck zu verleihen.

Es gibt folglich keine natürlichen Grenzen. Aber mit der Vorstellung, dass der Boden eines Landes nur eine bestimmte Anzahl von Menschen trägt – so wie ein Boot nur eine bestimmte Zahl von Passagieren transportieren kann –, kehrt die falsche Idee natürlicher Grenzen in der Form des Glaubens an eine natürliche *Obergrenze* wieder. Dafür ist die «Nachhaltigkeitsinitiative» der Schweizerischen Volkspartei (SVP) ein Musterbeispiel. Wenn das Land ein Boot ist, versteht es sich von selbst, dass die Zahl der Passagiere, die aufgenommen werden können, begrenzt ist.

Zugleich ist die Initiative ein Beispiel für die Doppelbödigkeit der Forderung nach weniger durchlässigen Grenzen. Zwar ist die Volksinitiative der SVP weniger offenkundig rassistisch als vergleichbare Bestrebungen in anderen Ländern, da sie sich auch gegen die Freizügigkeit der Bürger:innen aus EU-Ländern richtet, die mehrheitlich *weiss* sind. Und doch ist der rassistische Subtext der Forderung nach weniger durchlässigen Grenzen leicht zu entziffern. Immer wird beides betont: dass

zu viele kommen und zu viele von den Falschen. Die *Grösse* der ständigen Wohnbevölkerung jenseits einer bestimmten Obergrenze wird als existenzielles Problem gesehen, aber auch ihre *Zusammensetzung*. Es geht um Begrenzung, aber auch um die Säuberung des Territoriums von Aussen-seitern, die als andersartig und nicht-integrierbar gelten.

### Willkür im Gewand von Notwendigkeit

Staaten kennen keine natürlichen Obergrenzen für ihre Wohnbevölkerung, jenseits derer es zu «eng» wird wie in einer überfüllten U-Bahn. Selbstverständlich kann es Engpässe der Versorgung geben, überfüllte Strassen, zu wenig bezahlbaren Wohnraum, Overtourism usw. Aber solche Überlastungsphänomene verschieben sich mit anderen Grössen wie der Energieproduktion, der Bautätigkeit, der Verkehrsinfrastruktur, dem Gesundheitssystem, dem Arbeitskräftebedarf usw. Wenn man all diese Faktoren zusammen betrachtet, kann man tatsächlich eine vernünftige Diskussion führen über die Belastung der Gesellschaft zum Beispiel durch zu viel Flächenverbrauch oder Energieverbrauch pro Kopf. In den Niederlanden gibt es eine solche Diskussion seit Jahren.<sup>6</sup> Mit Einwanderung hat all das erstmal nichts zu tun.

Bei der Bestimmung der Aufnahmefähigkeit von Gemeinden, Städten und ganzen Ländern spielen auch Mentalitäten und Lebensformen eine gewichtige Rolle. Meistens ist der Hinweis auf die Grenzen der *Fähigkeit* zur Aufnahme ohnehin nur ein Hinweis auf die äusserst variablen Grenzen der *Bereitschaft* der Einheimischen zur Aufnahme von Migrant:innen und eine Verbeugung vor dem einwanderungsfeindlichen Teil der Bevölkerung.

Ein kurzer Blick auf die Debatte in Deutschland

6 Vgl. Th. Kirchner: «Ein Land in der Klemme», in: Süddeutsche Zeitung, 23. Dezember 2022.

zeigt, wie willkürlich und stimmungsabhängig die Festlegung von Obergrenzen der Migration ist.<sup>7</sup> Horst Seehofer, damals CSU-Innenminister, forderte Anfang 2016 eine Obergrenze der Aufnahme von Flüchtlingen von 200.000 pro Jahr. Das sei «verkraftbar», sagte er. 2024 fachte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) die Debatte wieder an, indem er eine Obergrenze von 60.000 Flüchtlingen forderte. Zuletzt brachte die Ex-Linke Sahra Wagenknecht eine Volksabstimmung ins Spiel, um eine «Asylwende» durchzusetzen, und wünschte sich eine Obergrenze von rund 50.000 Zuwanderern pro Jahr, wobei sie Asylsuchende und andere Zuwanderer:innen vermischte. All dies in einer Zeit, in der Monika Schnitzer, die Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, 1,5 Millionen Zuwanderer pro Jahr für notwendig hält, unter anderem auch deshalb, weil viele Migrant:innen, die nach Deutschland kommen, angesichts des rassistischen Klimas nicht bleiben wollen und lieber weiterziehen.<sup>8</sup>

Der Streit um Obergrenzen für Geflüchtete oder Migration überhaupt offenbart einen Grundzug der von rechts angeheizten Migrationsdebatte. Jede Obergrenze suggeriert, dass es immer zu viele sind, die kommen wollen oder schon da sind. Die Diskussion kennt nur eine Richtung: Obergrenze null. Aber was bleibt nach dem angestrebten Ende der «Überfremdung» durch unerwünschte Einwanderung? Das reaktionäre Hirngespinnst eines selbstgeschaffenen Fünf-Sterne-Reservats für die Eingeborenen.

7 Zur wachsenden Rolle schierer Willkür in der Migrationspolitik vgl. P. Mindus: *Towards a Theory of Arbitrary Law-making in Migration Policy*, in: *Ethik i praksis: Nordic Journal of Applied Ethics* 14(2), 2020, S. 9–33, <https://doi.org/10.5324/eip.v14i2.3712>.

8 Vgl. M. Schnitzer: «Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer», in: *Süddeutsche Zeitung*, 3. Juli 2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wirtschaftsweise-schnitzer-deutschland-braucht-1-5-millionen-zuwanderer-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230703-99-265906>.

### Ausblendung der Binnenverhältnisse

Seit Platon werden Schiffsmetaphern immer wieder zum Ausgangspunkt von Gedankenexperimenten gemacht, um die möglichen Binnenverhältnisse in einer geschlossenen Gesellschaft durchzuspielen. Was ist, wenn der Kapitän kurzsichtig oder betrunken ist, Streit über den richtigen Kurs ausbricht oder die Mannschaft meutert? Solche Überlegungen lässt die der SVP-Initiative zugrunde liegende Bootsmetapher in ihrer Schlichtheit gar nicht zu. Das Boot ist entweder voll oder (noch) nicht voll. Das Bild sagt nichts über die sozialen Beziehungen innerhalb der Besatzung. Wer rudert das Boot? Wohin fährt das Boot? Wer bestimmt das? Diese Ausblendung soll suggerieren, dass in dem Boot alle gleich sind und es keine gravierenden Konflikte gibt. Gefahr droht immer nur von aussen, durch die vielen anderen, die auch ins Boot wollen.

Dies ist ein weiterer Grund, sich in Migrationsdebatten nicht von der Bootsmetapher in die Irre führen zu lassen. Ich habe an anderer Stelle gezeigt, dass die demokratische Gesellschaft verkümmert, je radikaler sie sich nach aussen abgrenzt. Mauern machen etwas mit denen, die sich hinter ihnen verschanzen und ängstlich auf die Welt jenseits der Grenzen blicken.<sup>9</sup> Die Vorstellung, dass der Staat durch strikte Einwanderungskontrolle die eigene Bevölkerung gleichsam unter administrativen Artenschutz stellt, ist beängstigend. Nicht zuletzt deshalb, weil sie die Freiheit derjenigen Schweizer:innen beeinträchtigt, die auch mit Menschen aus anderen Ländern zusammenleben oder arbeiten möchten. Moderne liberale Nationen sind *intern* transnational zusammengesetzt, und jeder Versuch, dies zu ändern, berührt letztlich die Freiheit aller.

Wenn wir uns einig sind, dass der Staat kein «Boot»

<sup>9</sup> Vgl. V. M. Heins/F. Wolff: Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für die offene Gesellschaft, Berlin 2023.

ist und übrigens auch kein «Körper» und kein «Garten», um weitere geläufige Bilder zu nennen, stellt sich die Frage, ob es ein besseres Bild gibt, das die politische Fantasie beflügeln könnte. Ich schlage das Bild des Archipels vor, das ich bei Chandran Kukathas gefunden habe, einem in Malaysia geborenen Politiktheoretiker und Autor, der heute in Singapur lehrt.<sup>10</sup> Wie der Malaiische Archipel, so besteht nach Kukathas die freie Gesellschaft aus Einzelnen und Gruppen, die einer Vielzahl von Inseln ähneln, aber durch Transportmittel und Kommunikationsmedien miteinander verbunden sind. Die Gewässer zwischen den Inseln gehören zum Archipel ebenso dazu wie zahllose Boote, Schiffe und Flugzeuge und deren wechselnde Besatzungen.

Der Charme dieser Metapher liegt darin, dass sie Diversität und Bewegung zulässt und keine starre Hierarchie nahelegt. Land, Wasser und die Mittel ihrer Durchquerung gehören zusammen. Die Aussengrenzen sind fluide. Das Meer trennt die Menschen nicht, sondern verbindet sie – so wie früher das Mittelmeer Europa und Nordafrika verbunden hat, bevor es zu einem Massengrab für Flüchtlinge wurde. Ich gebe zu: Es ist nur eine Metapher, aber aus der Geschichte der Metapher von der Schweiz als einem «kleinen Rettungsboot» wissen wir, welche Folgen der Gebrauch von Metaphern für die politische Kommunikation haben kann. Die Aufgabe für die Linke besteht darin, eine Sprache zu entwickeln, die im Gegensatz zum Säuberungs- und Ausgrenzungsvokabular der politischen Rechten «Einheimische und Neuankömmlinge» ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihres Wohlstands zusammenführt, anstatt sie gegeneinander aufzubringen. Eine Sprache, die Solidarität attraktiv macht.

10 Vgl. C. Kukathas: *The Liberal Archipelago. A Theory of Diversity and Freedom*, Oxford 2003.